

## Zu diesem Heft

### Gewerkschaften in Arbeit

Mitgliederverluste und rückläufige Organisationsgrade weltweit, wachsende gewerkschafts- und tariffreie Räume, abnehmende Verhandlungs- und Verteilungsmacht, schließlich auch ein schwindender Einfluss auf die Politik und die öffentliche Meinung – die zehn Jahre alte Frage des Gewerkschaftsforschers Walther Müller-Jentsch, ob in Zukunft ein „Kapitalismus ohne Gewerkschaften“ möglich werden könnte, kann man auch heute nicht einfach als abwegig zurückweisen. Gewerkschaften stehen weltweit in den letzten Jahrzehnten unter dem Druck eng miteinander verknüpfter politischer und ökonomischer Veränderungen, welche ihre Handlungsmacht schwächen:

Erstens erodieren im Zuge des Strukturwandels des Erwerbssystems bisherige gewerkschaftliche Machtzentren. Der industrielle Sektor büßt in den meisten Ländern seine Dominanz ein, während der Dienstleistungssektor stark expandiert. Letzterer ist äußerst heterogen. Dies trägt zu einer Differenzierung von Ansprüchen an die Formen kollektiver Aktion bei, denen die bisher üblichen Agenden und Rituale, aber auch das Solidaritätsverständnis, die alle an männlicher, großbetrieblicher Industriearbeit orientiert sind, kaum gerecht werden. In der Konsequenz nehmen die Arbeitsbereiche zu, in denen Gewerkschaften kaum mehr präsent sind.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung werden zweitens die engen Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit und Regelungsmacht offenbar. Internationalisierung des Güter- und Dienstleistungsaustauschs, verstärkte Herausbildung transnationaler Wertschöpfungsketten, Ausweitung der Aktivitäten transnationaler Unternehmen, massive Migrationsbewegungen – dies alles sind Prozesse, welche Erwerbssysteme und Arbeitsverhältnisse weitreichend verändern und zugleich der Regulierung durch nationale Akteure entzogen sind. Die Gewerkschaften sind hier einerseits dem Druck der internationalen Standortkonkurrenz ausgesetzt, dem auch die Arbeitsmärkte unterliegen, andererseits stehen sie angesichts massiver Zuwanderung in nationale Arbeitsmärkte vor dem Problem, das Verhältnis von Konkurrenz und Solidarität unter den Beschäftigten neu auszutarieren.

Schließlich werden Spielräume gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Regelungsmacht durch die Verbreitung neoliberaler Politiken und Ordnungen eingeengt, wie sie sich etwa in der Privatisierung staatlicher

Wirtschaftsunternehmen, der Kommerzialisierung öffentlicher Güter und sozialstaatlicher Leistungen sowie der Deregulierung des Arbeitsmarkts ausdrücken. Gewerkschaften können weniger als bisher auf staatlich-institutionelle Ressourcen (etwa des Arbeitsrechts) oder auf politische Unterstützung (z.B. in Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitiken) zählen. Zudem sehen sie sich in der öffentlichen Debatte oft als Klientelorganisationen abgestempelt, die Partikularinteressen vertreten und wirtschaftliche Entwicklung hemmen.

Diese allgemeinen Tendenzen finden sich freilich in den Ländern und Weltregionen unterschiedlich, oft widersprüchlich ausgeprägt; sie treffen Beschäftigte und ihre Interessenorganisationen in Nord und Süd in unterschiedlicher Weise. In grober Verallgemeinerung wollen wir nur einige der hervorstechendsten Unterschiede skizzieren: Gewerkschaften in den Ländern des Globalen Nordens sind als autonome Organisationen aus dem Kampf der Arbeiterbewegung um politische und soziale Rechte, gegen staatliche Unterdrückung und autokratische Unternehmensherrschaft hervorgegangen. Als Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten sind sie Teil des wohlfahrtsstaatlichen Institutionengefüges, das ihre Rollen im Konflikt- und Aushandlungssystem der Arbeitsbeziehungen stützt. Auch wenn dieses Institutionengefüge eine beträchtliche Stabilität zeigt, so ist seine soziale Schutzwirkung angesichts von Prekarisierung und Erwerbslosigkeit reduziert worden.

In Ländern des Globalen Südens werden die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume meist sehr viel mehr vom Staat und von politischen Allianzen bestimmt. Gewerkschaften unterliegen in ihren Organisationsformen und den Formen kollektiver Aktion engen rechtlichen und administrativen Restriktionen und werden oft politisch instrumentalisiert. Autonome und oppositionelle Tendenzen werden gegebenenfalls administrativ und polizeilich unterdrückt. In Lateinamerika beispielsweise wurden Gewerkschaften seit den 1930er Jahren als Element staatlicher Modernisierungs- und Industrialisierungsstrategien und als politisches Klientel vom autoritären Entwicklungsstaat gefördert, zugleich aber administrativ reglementiert und politisch kontrolliert.

Ein weiterer zentraler Unterschied der Situation im Globalen Norden und im Globalen Süden ist in den Erwerbssystemen und deren sozialpolitischen Regulierung angelegt. Im Globalen Norden ist lohnabhängige Arbeit schon lange zur dominanten Erwerbsform geworden. Sie bildet Grundlage und Brennpunkt wohlfahrtsstaatlicher Politiken, ist ganz überwiegend formell und rechtlich geschützt, in staatlich garantierte soziale Sicherungssysteme einbezogen und wird durch das institutionelle System der Arbeitsbeziehungen geregelt. Gewerkschaften und Kollektivvereinbarungen bilden so Säulen des Sozialstaats und werden durch Sozialpolitiken gleichermaßen entlastet und

gestützt. Zuletzt büßten sie allerdings, wie beschrieben, im Zuge der hier skizzierten Veränderungen an Repräsentativität und Regelungsmacht ein.

Dagegen werden im Globalen Süden abhängige Beschäftigte in vielen Ländern durch staatliches Arbeitsrecht und ein rudimentäres, aber sozial selektives System der sozialen Sicherungen geschützt. Letzteres gilt in aller Regel nur für formelle Beschäftigungsverhältnisse. Mehr oder weniger große Bereiche jedoch werden der informellen Ökonomie zugerechnet und sind von staatlichen Schutz- und Sicherungsregelungen faktisch oder aufgrund der Gesetzeslage ausgenommen. Informell Beschäftigte bleiben oft ohne institutionelle Formen der Interessenvertretung. Von etablierten Gewerkschaften werden sie nicht selten ausgegrenzt, weil sie als unregelmäßige Konkurrenz gelten.

Weitere gewichtige Unterschiede liegen in den Auswirkungen der Globalisierung begründet. Zum einen verändert sich die internationale Arbeitsteilung und trägt zu den Strukturveränderungen der Beschäftigungssysteme bei. Einer partiellen Deindustrialisierung im Norden steht die starke Industrialisierung in einigen Ländern des Südens gegenüber, so vor allem China, Indien und Ländern Südostasiens. Es zeichnen sich die Konturen einer globalen ArbeiterInnenklasse ab, die in ihren Segmenten unterschiedlich auf Nord und Süd verteilt ist. Rapide wächst insbesondere in den exportorientierten Industrien eine Klasse von ArbeiterInnen, die aus Sicht etablierter Industrieländer häufig frühkapitalistisch anmutenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ausgesetzt sind und in ihren kollektiven Aktionen – wie Streiks oder gar bereits der Bildung von Organisationen – auf massiven Widerstand von Unternehmen und Staat treffen.

Zudem ist die Macht auch in der globalen Gewerkschaftsbewegung sehr unterschiedlich verteilt. In den Ländern des Nordens befinden sich die Schaltstellen der Internationalisierung der Ökonomie: die Finanzzentren, die wichtigsten Absatzmärkte, die Hauptsitze der transnationalen Unternehmen mit ihren Entwicklungs- und Vertriebsabteilungen sowie die Handelsunternehmen, welche globale Lieferketten der weltweiten Produktion organisieren und kontrollieren. Hier verfügen auch die Gewerkschaften über sehr viel mehr Kanäle des Einflusses auf Unternehmen und öffentliche Meinung als die ArbeiterInnenbewegung in den neuen Industriezentren des Südens.

Mit dem Schwerpunkttitle *Gewerkschaften in Arbeit* möchten wir einen Wechsel der Perspektive jenseits der Zentrierung auf Krise und Niedergang anregen: In den Beiträgen erscheinen Erwerbstätige und ihre Organisationen deshalb nicht einfach als Opfer, getrieben von einer verselbständigten Ökonomie und der dieser dienenden Politik, wie die bisherige Skizze gewerkschaftlicher Krisentendenzen nahelegen könnte. Sie sind vielmehr selbst Akteure, die Strategien entwickeln, Agenden setzen, Allianzen bilden

und kollektive Aktionsformen suchen, um in Konflikten ihre Ansprüche an menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen geltend zu machen. Gewerkschaften sind den Veränderungstendenzen, so also eine Grundthese dieses Heftes, nicht wehrlos ausgesetzt, sondern haben daran teil und gestalten sie auf die eine oder andere Weise mit.

Freilich sind ihre Mittel begrenzt, je nach der Marktmacht der von ihnen vertretenen Beschäftigten, ihren Fähigkeiten, die Mitglieder zu organisieren und zu mobilisieren, den Rechten, die sie jeweils im System der Arbeitsbeziehungen geltend machen können und nicht zuletzt ihrem Einfluss auf öffentliche Diskurse und Politiken. Auch ist ihnen als Mitgliederorganisationen eine gewisse Trägheit eigen, weil sie sich zu allererst ihrer herkömmlichen Stammmitgliedschaft verpflichtet sehen und dazu neigen, an einmal erfolgreichen Wegen der Interessenvertretung und -aushandlung festzuhalten. Daher fällt es ihnen oft schwer, über das konventionelle Kerngeschäft – die Aushandlung von Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen – hinaus neue Themen und die Interessen von bislang gewerkschaftsfernen Beschäftigtengruppen aufzunehmen oder Allianzen mit Gruppen einzugehen, deren Aktivitäten sie nicht kontrollieren können.

Insgesamt zeigt sich aber in den letzten Jahrzehnten ein beeindruckendes Spektrum neuer Ansätze kollektiver Aktion, von denen viele in diesem Heft angesprochen werden. Dies ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Die Neuansätze erweitern die herkömmliche Agenda gewerkschaftlicher Aktion, nehmen lebensweltliche Themen auf. Sie schließen nicht nur Beschäftigte auf dem formellen Arbeitsmarkt ein, sondern auch solche der informellen Ökonomie. Ferner entwickeln sie sich oft jenseits traditioneller Strukturen: in Allianzen von Basisbewegungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. Schließlich haben sich transnationale Formen und Netze sowohl der Nord-Süd- als auch der Süd-Süd-Kooperation entwickelt.

Im Globalen Norden suchen etablierte Gewerkschaften angesichts der Strukturveränderungen des Erwerbssystems neue Themen, Kommunikationsformen und Wege der Interessenvertretung. Es geht ihnen darum, unterschiedlichen Erwerbssituationen, Arbeitskulturen, Lebenswelten und Ansprüchen gerecht zu werden und so bislang kaum (mehr) erreichbare Gruppen zu gewinnen, etwa prekär Beschäftigte, Frauen, MigrantInnen, hochqualifizierte Angestellte. Im Globalen Süden machen massive Arbeitskonflikte in den Exportindustrien Chinas und Südostasiens und die spontanen, nicht von zugelassenen Gewerkschaften organisierten Streikbewegungen darauf aufmerksam, dass die bisherigen repressiven Systeme der Arbeitsbeziehungen unter Druck und in Fluss geraten. Seit der südafrikanischen Anti-Apartheitskoalition hat sich auch der Ansatz des *social movement unionism* verbreitet, der im gemeinsamen Kampf für

Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auf Koalitionen von Gewerkschaften, politischen, sozialen und Bürgerrechtsorganisationen setzt.

Angesichts der Globalisierung haben sich ebenso vielfältige Formen der grenzüberschreitenden Kooperation herausgebildet. Sie zielen darauf, kollektive Aktionen und gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten grenzüberschreitend zu unterstützen. Dabei spielen gemeinsame Werte wie Menschenrechte, aber auch die Durchsetzung von Mindestarbeitsstandards eine wichtige Rolle. Große Bedeutung für die Kooperation zwischen Gewerkschaften in Nord und Süd haben außerdem die globalen Branchen-Gewerkschaftsverbände gewonnen, nicht zuletzt ihre internationalen Rahmenabkommen mit transnationalen Unternehmen, in denen diese sich verpflichten, Menschenrechten, oft auch in Zulieferunternehmen, Geltung zu verschaffen. Schließlich arbeiten Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Basisinitiativen aus Nord und Süd in Kampagnen, Allianzen und Netzwerken zusammen, um grenzüberschreitend Beschäftigte des Südens und ihre Organisationen im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterstützen.

Das vorliegende Schwerpunktheft der *PERIPHERIE* kann nur ausschnitthaft auf die Vielfalt der Formen und Prozesse eingehen, in denen „Gewerkschaften in Arbeit“ sind. Mit seiner Fülle von Analysen zu unterschiedlichen Weltregionen, Problemstellungen, Handlungsrepertoires, usw. kann es aber zu einem realistischen und differenzierten Panorama gewerkschaftlicher Krise und Erneuerung im beginnenden 21. Jahrhundert beitragen.

*Matthias Ebenau* und *Felix Nickel* geben zunächst einen Überblick über die Krise und die Ansätze einer Revitalisierung der Gewerkschaften im Globalen Süden. Sie behandeln insbesondere die transnationalen Aktivitäten von Gewerkschaften, die Organisierung informeller und prekärer Beschäftigter, die Berücksichtigung der geschlechtlichen Verfasstheit der Arbeitswelt durch Gewerkschaften und schließlich die komplexen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat. Dabei legen sie einen besonderen Fokus auf Erfolgsbeispiele, aus denen auch Gewerkschaften des Nordens lernen könnten, und regen an, den Debattenstrang der *Labour Revitalisation Studies* als globale Konversation zu verstehen.

Mit der Jahrhundertwende hat Lateinamerika eine politische Linkswende erlebt. Vor diesem Hintergrund analysieren *Nico Weinmann*, *Friedrich Bossert* und *Paul Hecker* die Entwicklung gewerkschaftlicher Machtressourcen unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Uruguay und Brasilien, wo Gewerkschaften seit langem eine bedeutende Rolle spielen. Sie zeigen, dass im Gegensatz zu Uruguay der Machtgewinn in den anderen beiden Ländern gerade in Hinblick auf die Erneuerung der Gewerkschaftsstrukturen und die Organisation von informell Beschäftigten eher moderat ausfällt.

*Michael Fütterer* betrachtet die Ebene konkreter transnationaler Kooperation zwischen GewerkschafterInnen. So untersucht er die Zusammenarbeit im Rahmen der Vernetzung *Transnationals Information Exchange* und hier insbesondere das *ExChains*-Netzwerk zwischen Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, welches sich im Stile eines *social movement unionism* für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie einsetzt.

Die Frage, wie Gewerkschaften in Österreich sich den Herausforderungen durch Migration stellen, diskutiert *Michel Jungwirth*. Hatten sie zunächst keine Antworten darauf, wie sie Interessen von MigrantInnen vertreten können, und beklagten vor allem die negativen Auswirkungen, etwa Dumpinglöhne, so zeigt der Autor, dass sie nun neue Strategien entwickeln, um auch nicht dokumentierte Migration in den Griff zu bekommen. Dies drückt sich in der Schaffung neuartiger Institutionen aus, etwa der UNDOK-Anlaufstelle, welche im Zentrum dieses Artikels steht.

Einen eher ungewöhnlichen Fall der Entstehung einer Gewerkschaft und der Institutionalisierung eines kooperativen Systems von Arbeitsbeziehungen stellen *Rainer Dombois* und *Carlos Miguel Ortiz* mit der kolumbianischen Bananenarbeitergewerkschaft *Sintrainagro* vor. Der Beitrag zeigt die zentrale Rolle von legalen und illegalen bewaffneten Akteuren – staatlichen Sicherheitskräften, Guerillas und Paramilitärs – bei der Entwicklung der Gewerkschaft wie der Arbeitsbeziehungen auf und zieht Schlussfolgerungen zur begrenzten Reichweite der Konzepte der *Industrial-Relations*-Forschung in einem Land mit „ungleicher Präsenz des Staates“.

Anhand der Kämpfe um den Bergbau in Südafrika analysiert *Melanie Müller* die Entwicklung des *social movement unionism* zu einem mächtigen Einflussfaktor im politischen Geschehen. Als historischer Wendepunkt erweist sich hierbei das Massaker von Marikana (vgl. dazu ihren Beitrag in *PERIPHERIE*, Nr. 134/135, S. 326-336). Es führte zur Krise des bis dahin hegemonialen Machtkomplexes bestehend aus der Partei *African National Congress*, dem Gewerkschaftsdachverband *Congress of South Africa Trade Unions* und der *Kommunistischen Partei*. Der Beitrag untersucht vor diesem Hintergrund, welche Potenziale und Herausforderungen mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verbunden sind.

*Frauke Banse* diskutiert die Wirkung externer Gelder auf Gewerkschaften sowie die Intentionen gewerkschaftlicher Geberorganisationen. Sie analysiert und problematisiert dabei am Beispiel der Länder Ghana und Benin sowohl die intendierten als auch die nichtintendierten Folgen des Verhältnisses zwischen Geberorganisationen aus dem Globalen Norden und Gewerkschaften

im Globalen Süden – etwa wenn unerwünschte politische Einflussnahme stattfindet oder die gewerkschaftsinterne Demokratie kompromittiert wird.

Die Erschließung neuer gewerkschaftliche Handlungsfelder in Brasilien untersucht *Selma Cristina Silva de Jesus*. Angesichts der Krise des Fordismus und neoliberaler Anpassungsstrategien hatten die Gewerkschaften neue Themen und Praxisformen entwickelt. Die Autorin konzentriert sich dabei auf die Erfahrungen des Dachverbands *Central Única dos Trabalhadores* im Feld der solidarischen Ökonomie. Allerdings ist ihr Ergebnis eher von Skepsis geprägt. Denn für die befragten ArbeiterInnen stellten genossenschaftliche Unternehmungen zumeist nicht die Grundformen einer alternativen Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern lediglich pragmatische Alternativen in einem problematischen Arbeitsmarktumfeld dar.

Mehrere Diskussionsbeiträge runden diese Ausgabe ab: In einem Interview mit einem chinesischen Aktivistin, der anonym bleiben muss, zeigt *Ralf Ruckus* neue Entwicklungen gewerkschaftlicher Kämpfe in der Volksrepublik China auf. *Gerhard Dilger* nimmt die politische Dauerkrise in Brasilien nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff in den Blick. Schließlich zeichnet *Cavidan Soykan* gegenwärtige Entwicklungen in der Türkei nach, die die Meinungsfreiheit in Gefahr bringen. Abschließend stellt *Reinhart Kößlers* Rezensionenartikel die Frage, wie sich die aktuelle Veränderung der Welt verstehen lässt und welche Rolle dabei soziale Kämpfe sowie unterschiedliche Perspektiven auf Gewerkschaften spielen. Im *PERIPHERIE*-Stichwort stellt *Helen Schwenken* Frauen als das andere Geschlecht der Gewerkschaften vor.

Im Herbst wird die *PERIPHERIE* das Thema des „Künstlerischen und politischen Aktivismus“ in den Blick nehmen. Die erste Ausgabe des 37. Jahrgangs wird sich mit dem Thema „Rassismus“ befassen. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge wie immer sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Für unsere weitgehend ehrenamtliche Arbeit sind wir auch weiterhin auf die Beiträge der Mitglieder der WVEE, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*, und auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe LeserInnen, im Impressum.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.